

Betrachten, was ist

Zur energiepolitischen Diskussion von Ständerat Markus Stadler

Das Leid nach der Tsunami-Katastrophe in Japan ist unermesslich. Die Verunsicherung über die atomaren Folgeschäden und das Ausrichten der Fahne nach dem politischen Wind sind bei uns erste Reaktionen.

Wenn dieses Ereignis hierzulande nicht spürbare Schäden zur Folge hat, ist anzunehmen, dass wir über kurz oder lang wegschauen, zur Tagesordnung zurückkehren werden. Allerdings müssen wir heute wohl davon ausgehen, dass das nicht ohne weiteres möglich sein wird.

Wegschauen, wie nach dem Atomereignis von Harrisburg vor 30 Jahren, wegschauen, wie nach der Ölkatastrophe im Golf von Mexico, Ja sagen zur Atomkraft und gleichzeitig Nein zu einem Endlager für Atomabfälle wie in Nidwalden vor einem Jahr. Wäre doch schön, man könnte auch diesmal den Vogel Strauss spielen.

Eigentlich hat sich wenig geändert für jene, die erkannt haben, dass wir uns mit der Atomkraft eine potentiell gefährliche Energiegewinnung leisten, die wir nicht richtig im Griff haben, die bei der Uran- und Plutoniumsgewinnung, beim Transport des Energieträgers, bei der Stromproduktion und bei der Endlagerung des radioaktiven Materials grosse Restrisiken beinhaltet. Die sehr lange Strahlungsdauer des toxischen Materials ist doch bekannt. Spätestens seit Basel im Jahr 1356 einem grossen Erdbeben zum Opfer gefallen ist, wissen wir auch um diese Gefahr. Auch als mögliche Angriffsziele von Sabotageakten sind Atomkraftwerke schon lange bekannt. Wir haben aber jeweils von Restrisiko gesprochen, sind hastig zum Tagesgeschäft zurückgekehrt, ohne uns dieses Restrisiko realistisch vor Augen zu führen. Man nehme z.B. einen Zirkel, zeichne einen Radius von nur schon 20 Kilometern rings um das Atomkraftwerk Mühleberg und stelle sich den Evakuationsplan im Ernstfall vor. Die Sitzungen im Bundeshaus wären alle gestrichen!

Betrachten wir, was punkto Gefahren ist und lassen wir uns nicht länger von jenem Werbet Teppich zudecken, der uns in den letzten Jahren pausenlos eine künftige Energielücke eingeflötet hat. Es ist doch so: Bei drohenden Versorgungslücken steigt in der Marktwirtschaft der Preis, wird nach Alternativen gesucht, versucht man sich anzupassen. Je weniger der Energiemarkt auf der Anbieterseite von Wenigen dominiert wird, die am Bisherigen festhalten wollen, umso eher bewegt sich voraussichtlich die Forschung und Entwicklung auch in fremde Gebiete, gelingt die Anpassung an neue Verhältnisse.

Mag sein, dass die Atomkraft vor Jahrzehnten als beste Lösung erschien. Tatsache ist heute, dass diese Energiegewinnung ihr Risiko nicht wert ist, dass sie durch Bestrebungen nach Energieeffizienz und alternative Energiegewinnungsformen mit möglichst wenig CO₂ Anteil abgelöst werden sollte - je

schneller desto besser. Dass hierzu die politischen Weichen noch nicht richtig gestellt sind, zeigt ein Blick auf den wirtschaftlichen Hintergrund.

Im geltenden Kernenergie-Gesetz des Bundes ist die Kostentragung einer allfälligen Rückholung radioaktiver Abfälle aus einem Lager sowie deren weitere Behandlung nicht regelt. Die entsprechenden Kosten schätzte der Bundesrat vor einiger Zeit auf insgesamt etwa 3,5 Milliarden Franken. Diese Kosten würden vollumfänglich durch den Bund zu tragen sein.

Das Kernenergie-Gesetz regelt auch die Nachschusspflicht für den Fall, dass der Stilllegungs- oder der Entsorgungsfonds höhere Zahlungen als vorgesehen leisten müsste. Dabei trifft die Nachschusspflicht zunächst das Atomkraftwerk, das die höhere Zahlung verursacht hat, danach die übrigen AKW und schliesslich nach Massgabe eines entsprechenden Beschlusses der Bundesversammlung den Bund, falls die Nachschusspflicht für die Betroffenen wirtschaftlich nicht tragbar wäre. Auch hier müssten also vermutlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler als letzte Instanz für dieses Risiko eintreten. Wiederum keine Vollkostenrechnung!

Dies zeigt, wie wir eine möglicherweise gefährliche Energieproduktion durch rechtliche Regeln so optisch vergünstigen, dass „der Markt“ die Atomkraft akzeptiert, kostengünstig findet. Und wir sprechen dabei – wohlverstanden – erst von finanziellen Risiken, noch nicht von den möglichen Gefahren für Mensch und Natur.

Die Energiepolitik sagt viel aus über die Art des Wirtschaftens. Es ist Zeit, dass wir den Turmbau zu Babel einschränken, den kreativen Unternehmergeist spielen lassen, den Tatsachen ins Auge blicken und mit etwas Bescheidenheit und Mitgefühl vielleicht dem Indianerhäuptling zuhören, der nicht von überrissenen Boni spricht, sondern von „Mutter Erde“.

8.4.2011

Erschienen im April 2011 in NUZ